

Der Erpressungsspirale entgegentreten

Position der PDS AG betrieb & gewerkschaft zu den Entwicklungen in den Gewerkschaften

Das vergangene Jahr setzte eine Erpressungsspirale gegen die abhängig Beschäftigten in Gang, die zu drastischen Lohneinbußen, Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und zunehmender Aufweichung der Tarifverträge führte. Die Gewerkschaften befinden sich im Rückwärtsgang. Und dies alles, obwohl mit dem Kampf gegen die Agenda 2010 und Hartz IV eine mächtige Gegenbewegung entstanden war.

Mit der Berliner Demonstration der 100.000 am 1.11.2003 initiiert von Gewerkschaftslinken und sozialen Bündnissen, wurde ein beeindruckender Auftakt für einen erfolgreichen Widerstand organisiert, um die antisoziale Offensive der Unternehmerverbände und den rotgrünen Systemwechsel in den Sozialsystemen scheitern zu lassen.

Die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften und sozialen Bündnisse wurde am 3. April 2004 mit 500.000 DemonstrantInnen in Berlin, Köln und Stuttgart eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die PDS hat diese Aktionen mit allen ihren Kräften bundesweit unterstützt.

Auch der Berliner Perspektivenkongress zeigte, dass Gewerkschaften und politische Linke sehr wohl Alternativen gegen die Politik der Bundesregierung wie der rechten Opposition und die Vorhaben der Unternehmerverbände besitzen. Damit wurde auch die Behauptung von SPD-Chef Müntefering widerlegt, dass Gewerkschaften nur Nein-Sager seien und keine Alternativen hätten.

Es kam die Hoffnung auf, dass erstmalig seit langem, die autonome Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten und der Arbeitslosen durch die deutschen Gewerkschaften gegenüber der SPD-Parteidisziplin die Oberhand gewinnen könne.

Um so tragischer ist das Geschehen der Folgemonate einzuschätzen. Den Angriffen der Unternehmerverbände und dem weiter vorangetriebenen Sozialabbau der Bundesregierung wurde seitens der Gewerkschaftsspitzen nicht mit einer Weiterführung oder gar Steigerung des Widerstandes geantwortet. Im Gegenteil.

Auch das „Arbeitnehmerbegehren“ in seinen verschiedenen Formen wurden von den Kolleginnen und Kollegen nicht als eine Weiterführung des sozialen Widerstandes empfunden. Dementsprechend beschämend fiel das Ergebnis aus. Die mageren 800.000 Unterschriften hätten von den Gewerkschaftsspitzen, nach den mächtigen Demonstrationen der Vormonate als eine deutliche Kritik an ihrer zurückhaltenden Politik verstanden werden müssen.

Mit den Montagsdemonstrationen , vor allem in Ostdeutschland bot sich eine weitere Chance, dem Widerstand gegen die Agenda 2010 zumindest teilweise zum Erfolg zu verhelfen. Aber auch dieser beeindruckenden Bewegung der Selbstorganisation Betroffener liessen die Gewerkschaftsspitzen keine bundesweite Unterstützung zukommen.

Stattdessen funktioniert spätestens seit dem Herbst 2004 der SPD-Gewerkschaftsrat wieder sehr erfolgreich als Transmissionsriemen zur Ruhigstellung der Gewerkschaften. Zunächst wurde die Ausbildungsabgabe dort begraben, dann folgte am 29. September 2004 folgte dann die Beerdigung der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn.

Das Ergebnis : Trotz aller Bekenntnisse aus dem Frühjahr 2004 fallen die deutschen Gewerkschaften im Blick der Betroffenen und der eigenen Mitglieder gegenwärtig als politisch handelnde Kraft gegen den Umbau der Sozialsysteme aus. Auch das führt zu Mitgliederverlusten.

Vielmehr ist offensichtlich, dass hier schon der Wahlkampf 2006 vorbereitet wird, nach dem Motto : CDU/CSU und FDP würden es noch schlimmer machen. Dies ist nicht von der Hand zu weisen, erleichtert aber Schröder und Müntefering den Umbau des Sozialstaates weiter voranzutreiben.

Die Erpressungsspirale

Gewerkschaften sind einmal gegründet worden, um die Konkurrenz zwischen den abhängig Beschäftigten zu verhindern oder zumindest einzuschränken. Die durch die Einheitsgewerkschaft hierzulande geschaffenen Flächentarifverträge sind dazu ein wichtiges Mittel.

In der Verteidigung der Flächentarifverträge und der Bekämpfung der Standortkonkurrenz zwischen den Belegschaften fallen die Gewerkschaften als orientierende Kraft gegenwärtig ebenfalls aus.

Es waren Siemens-Chef von Pierer und Bayern Ministerpräsident Steuber, die zeitgleich eine Verlängerung der Arbeitszeit in Betrieb und Verwaltungen forderten.

Nicht ohne entscheidenden Einfluss des ehemaligen IG Metall-Bezirksleiters und jetzigem SPD-Landeschef von NRW Harald Schartau , gelang ihnen in Bocholt und Kamp-Lindfort bei Siemens der erste Durchbruch zur Arbeitszeitverlängerung. Die Folge war eine Kettenreaktion.

Es folgte die Erpressung bei Daimler-Chrysler in Sindelfingen, einem Konzern mit Superprofiten und Hochburg der IG Metall. Auch wenn dort wesentliche Teile des Flächentarifvertrages zumindest für die Stammbeslegschaft gerettet werden konnten, wurden Teile der Belegschaft ausgegrenzt und sämtlichen Beschäftigten erhebliche Lohnbestandteile genommen. Daimler-Chrysler hat seine 500 Mio Euro bekommen und in der Öffentlichkeit verstärkte sich der Eindruck gewerkschaftlicher Ohnmacht.

Welche Belegschaftsvertretung in Betrieben, denen es meistens deutlich schlechter geht, ist jetzt noch zum Widerstand fähig, wenn die IG Metall dem Daimler-Chrysler-Konzern 500 Mio Euro zugesteht ? Die Reduzierung der Interessenvertretung auf immer kleinere Kerne und Stammbesetzungen führt nicht nur zu Mitgliederverlusten, sondern auch zur gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit.

Es folgten die Auseinandersetzungen bei VW und bei Opel. Keine gewerkschaftliche Orientierung auf gemeinsame Gegenwehr in der Branche, keine gemeinsamen Aktionen. Selbst der bewundernswerte Kampf der Opelaner in Bochum brachte keine bundesweite gewerkschaftliche Solidarität hervor, obwohl sie dringend notwendig gewesen wäre.

Warum wird angesichts der weiteren zu erwartenden Überproduktion nicht der Kurs auf europaweite Arbeitszeitverkürzungen genommen ?

Das Eingehen auf die Erpressungsspirale durch wichtige Teile der Gewerkschaftsspitzen, aber auch viele entscheidende Betriebsräte wird nicht nur die Belegschaften gegeneinander hetzen, diese Erpressungsspirale wird die Standards in den Betrieben weiter senken. Diese Entwicklung bedroht die Gewerkschaften in ihrer Existenz.

Alternativen

Die *PDS AG betrieb & gewerkschaft* teilt die auf der 6. Bundeskonferenz der Gewerkschaftslinken geäußerte Ansicht, dass die deutschen Gewerkschaften aus dieser Abwärtsspirale nur entkommen können, wenn sie sich als autonome Vertretung von Klasseninteressen für die Gesamtheit der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen in die künftigen Auseinandersetzungen einbringen und sich nicht zur Wahlmaschine der rotgrünen Bundesregierung umbauen lassen.

Wir teilen ebenfalls die Meinung der Gewerkschaftslinken, dass der Standortlogik eine Politik der europäischen und weltweiten Solidarität entgegengesetzt werden muss. Europaweite Arbeitszeitverkürzung ist der einzige Weg zur Sicherung der Arbeitsplätze und dem Zurückdrängen der Standortkonkurrenz. Gleichzeitig muss hierzulande, wie in den meisten europäischen Ländern ein gesetzlicher Mindestlohn durchgesetzt werden, der nach Vorstellungen der PDS 1.400,- EURO betragen sollte, jährlich an die Tarifierhöhungen angepasst werden müsste und durch ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften abgesichert werden muss.

Unsere gemeinsamen Erfahrungen zeigen, dass die Gewerkschaften ihre großen historischen Niederlagen nicht den verlorenen Kämpfen verdanken, sondern denen, die sie nicht gewagt haben. Gleichzeitig wissen wir, dass die deutschen Einheitsgewerkschaften eine historische Errungenschaft sind, weil sie die Autonomie der Gewerkschaftsbewegung sichern. Wir fürchten, dass diese Errungenschaft um so schneller verspielt wird, je mehr sich Teile der Gewerkschaft in die Strategie regierender Parteien einbinden lassen

Das europaweite und sogar globale Erfolge möglich sind, beweisen nicht zuletzt der erfolgreiche Kampf der europäischen Hafentarbeiter gegen das Port Package I, der weltweite Rahmentarifvertrag für IKEA und auch der Aufbau einer europäischen Wanderarbeitergewerkschaft.

Mit der 10. Gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS am 28./29. Oktober 2005 in Rüsselsheim wollen wir unseren Beitrag für die Suche nach einem Ausweg aus der Erpressungsspirale und einem Weg zur europäischen Solidarität leisten.

26. Januar 2005.

Barbara Borchardt Heidi Pommerenke Sabine Wils Harald Werner

Holger Grünwedel Gerald Kemski Ringo Bischoff

PDS AG betrieb & gewerkschaft

Kl. Alexanderstr. 28

10178 Berlin

Tel. 030/24009-673

e-mail: ag.bg@pds-online.de

Homepage: www.betriebundgewerkschaft.de